

Stenographisches Protokoll

7. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 24. Oktober 1956

Tagesordnung

Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1954

Inhalt

Nationalrat

Entschließung des Bundespräsidenten: Einberufung des Nationalrates zur Herbsttagung 1956/57 (S. 254)

Personalien

Krankmeldung (S. 254)

Entschuldigungen (S. 254)

Bundesregierung

Zuschrift des Vizekanzlers Dr. Schärf: Ernennung des Abg. Dr. Bock zum Bundesminister für Handel und Wiederaufbau (S. 255)

Zuschrift des Bundeskanzlers Ing. Raab: Ernennung des Abg. Dr. Withalm zum Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen (S. 255)

Schriftliche Anfragebeantwortungen 4 bis 23 (S. 254)

Bundesministerium für Finanzen: 2. Bericht über Kreditüberschreitungen im Jahre 1955 — Finanz- und Budgetausschuß (S. 256)

Bundesministerium für Finanzen: Zwei Berichte, betreffend die Verfügung über bewegliches Bundeseigentum im Zeitabschnitt 1. Jänner bis 30. Juni 1956, und über die Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen im 2. Vierteljahr 1956 — Hauptausschuß (S. 256)

Ausschüsse

Zuweisung des Antrages 14 (S. 254)

Regierungsvorlagen

64: Änderung des Gerichtlichen Einbringungsgesetzes 1948 — Justizausschuß (S. 255)

65: Auf der Neunten Tagung der Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) ausgearbeitete Änderungsprotokolle und Abkommen über die Organisation für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Handels — Zollausschuß (S. 255)

66: Notenwechsel zwischen dem Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten und dem italienischen Botschafter in Wien, betreffend die gegenseitige Anerkennung akademischer Titel und Grade — Unterrichtsausschuß (S. 255)

67: Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Regelung der wasserwirtschaftlichen Fragen im Grenzgebiet — Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (S. 255)

68: Zollabkommen über Carnets E. C. S. für Warenmuster — Zollausschuß (S. 255)

69: Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung bei den Steuern vom Einkommen — Finanz- und Budgetausschuß (S. 255)

70: Abänderung des Dritten Teiles der Abgabenordnung und Regelung des gerichtlichen Strafverfahrens — Finanz- und Budgetausschuß (S. 255)

71: Gewährung eines Bundeszuschusses zur Förderung der Behebung von Hochwasserschäden im Zillertal — Finanz- und Budgetausschuß (S. 255)

72: Änderung des § 9 des Amtshaftungsgesetzes — Justizausschuß (S. 256)

73: Aufhebung des § 4 des Verstaatlichungsgesetzes, BGBl. Nr. 168/1946 — Ausschuß für verstaatlichte Betriebe (S. 256)

74: 2. Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz — Finanz- und Budgetausschuß (S. 256)

75: Abänderung und Ergänzung des Bundesgesetzes über die Bekämpfung unzüchtiger Veröffentlichungen und den Schutz der Jugend gegen sittliche Gefährdung — Verfassungsausschuß (S. 256)

76: Anerbengesetz — Justizausschuß (S. 256)

77: Strafgesetznovelle 1956 — Justizausschuß (S. 256)

78: Abänderung des Wasserrechtsgesetzes hinsichtlich der Wasserbuchgebühren — Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (S. 256)

79: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1957 (S. 256)

Rechnungshof

Bundesrechnungsabschluß für das Verwaltungsjahr 1955 — Rechnungshofausschuß (S. 256)

Immunitätsangelegenheiten

Auslieferungsbegehren gegen den Abg. Dengler — Immunitätsausschuß (S. 256)

Auslieferungsbegehren gegen den Abg. Hopfer — Immunitätsausschuß (S. 256)

Schreiben des Strafbezirksgerichtes Wien: Freispruch des Abg. Krippner (S. 256)

Verhandlungen

Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft: Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1954 (21 d. B.)

Berichterstatter: Populorum (S. 257)

Kenntnisnahme (S. 258)

Eingebracht wurden**Antrag der Abgeordneten**

Dwořak, Dr. Walther Weißmann, Machunze und Genossen, betreffend die Novellierung des Bundesgesetzes vom 24. Juli 1946, BGBl. Nr. 182 (4. Handelskammergesetz-novelle) (15/A)

Anfrage der Abgeordneten

Dr. Hofeneder, Dr. Walther Weißmann und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend die Durchführung des ASVG. (38/J)

Anfragebeantwortungen**Eingelangt sind die Antworten**

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abg. Wunder und Genossen (4/A. B. zu 28/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abg. Machunze und Genossen (5/A. B. zu 4/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abg. Horn und Genossen (6/A. B. zu 21/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abg. Dr. Pfeifer und Genossen (7/A. B. zu 9/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abg. Dr. Pfeifer und Genossen (8/A. B. zu 18/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abg. Kandutsch und Genossen (9/A. B. zu 12/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abg. Stendebach und Genossen (10/A. B. zu 6/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abg. Ferdinanda Flossmann und Genossen (11/A. B. zu 27/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abg. Aigner und Genossen (12/A. B. zu 32/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abg. Dr. Gredler und Genossen (13/A. B. zu 36/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abg. Dr. Pfeifer und Genossen (14/A. B. zu 9/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abg. Aigner und Genossen (15/A. B. zu 26/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abg. Stendebach und Genossen (16/A. B. zu 13/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abg. Dr. Pfeifer und Genossen (17/A. B. zu 14/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abg. Appel und Genossen (18/A. B. zu 24/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abg. Horn und Genossen (19/A. B. zu 22/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abg. Dr. Gredler und Genossen (20/A. B. zu 15/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abg. Horn und Genossen (21/A. B. zu 31/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abg. Uhlir und Genossen (22/A. B. zu 1/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abg. Kandutsch und Genossen (23/A. B. zu 35/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzender: Präsident Dr. Hurdes.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschließung vom 12. Oktober 1956 gemäß Artikel 28 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes den Nationalrat für den 20. Oktober 1956 zur Herbsttagung einberufen. Auf Grund dieser Einberufung habe ich die heutige Sitzung anberaunt.

Ich begrüße die zur ersten Sitzung nach den Sommerferien erschienenen Frauen und Herren Abgeordneten auf das herzlichste.

Die stenographischen Protokolle der 3. Sitzung vom 6. Juli, der 4. Sitzung vom 11. Juli, der 5. Sitzung vom 18. Juli und der 6. Sitzung vom 25. Juli sind in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Krank gemeldet hat sich der Abgeordnete Reich.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dr. Nemečz, Köck, Scheibenreif, Stürgkh, Dr. Tončić, Vollmann, Dr. Pittermann, Truppe, Stampfer, Lackner, Spielbüchler, Katzengruber, Exler, Czernetz, Strasser, Dr. Kreisky, Zeillinger, Stendebach und Honner.

Den eingelaufenen Antrag 14/A der Abgeordneten Kysela, Machunze und Genossen auf Beschluß eines Bundesgesetzes, betreffend die Regelung von Anwartschaften und Leistungen aus einer fremdstaatlichen Unfallversicherung und Rentenversicherung, weise ich dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.

Wird gegen diese Zuweisung ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall.

Seit der letzten Haussitzung sind 20 Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Fragestellern zugegangen sind. In der Kanzlei liegt ein Verzeichnis der beantworteten Anfragen auf, woraus Näheres ersehen werden kann.

Ich ersuche nunmehr die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Rosa Jochmann, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführerin Rosa Jochmann:

„An Herrn Präsidenten des Nationalrates.

In Vertretung des im Ausland weilenden Bundeskanzlers beehre ich mich, die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschliebung vom 19. September 1956 über Vorschlag des Bundeskanzlers gemäß Artikel 70 Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Fritz Bock zum Bundesminister für Handel und Wiederaufbau ernannt hat.

Schärf“

„An Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Ich beehre mich, die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschliebung vom 12. Oktober laufenden Jahres, Zl. 11.258/56, über meinen Antrag gemäß Artikel 78 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 70 Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Hermann Withalm zum Staatssekretär ernannt und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Finanzen Dr. Reinhard Kamitz beigegeben hat.

Julius Raab“

Präsident: Die beiden Schreiben dienen zur Kenntnis. Ich begrüße die beiden neu bestellten Mitglieder der Bundesregierung in unserer Mitte. (*Lebhafter Beifall.*)

Ich ersuche nunmehr die Frau Schriftführerin, in der Verlesung des Einlaufes fortzufahren und die eingelangten Regierungsvorlagen zu verlesen. Da es sich diesmal um nahezu 20 Regierungsvorlagen handelt, möchte ich, um von einer Wiederholung des Wortlautes absehen zu können, gleich bei der Verlesung der eingelangten Vorlagen durch die Frau Schriftführerin mitteilen, welchem Ausschuß ich diese jeweils zuzuweisen beabsichtige. Nach der Verlesung werde ich sodann die Frage stellen, ob gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben wird. — Da gegen diese Vorgangsweise kein Einwand erhoben wird, ersuche ich die Frau Schriftführerin, jeweils nach der Verlesung einer eingelangten Regierungsvorlage etwas zuzuwarten, damit ich mitteilen kann, welchem Ausschuß diese Vorlage zugewiesen werden soll. Ich bitte um die Verlesung.

Schriftführerin Rosa Jochmann: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, mit dem das Gerichtliche Einbringungsgesetz 1948 geändert wird (64 der Beilagen).

Präsident: Weise ich zu dem Justizausschuß.

Schriftführerin Rosa Jochmann: Die auf der Neunten Tagung der Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) ausgearbeiteten Änderungsprotokolle und das Abkommen über die Organisation für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Handels (65 der Beilagen).

Präsident: Zuweisung an den Zollausschuß.

Schriftführerin Rosa Jochmann: Notenwechsel zwischen dem Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten und dem italienischen Botschafter in Wien, betreffend die gegenseitige Anerkennung akademischer Titel und Grade (66 der Beilagen).

Präsident: Zuweisung an den Unterrichtsausschuß.

Schriftführerin Rosa Jochmann: Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Regelung der wasserwirtschaftlichen Fragen im Grenzgebiet (67 der Beilagen).

Präsident: Zuweisung an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft.

Schriftführerin Rosa Jochmann: Zollabkommen über Carnets E. C. S. für Warenmuster (68 der Beilagen).

Präsident: Zuweisung an den Zollausschuß.

Schriftführerin Rosa Jochmann: Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung bei den Steuern vom Einkommen (69 der Beilagen).

Präsident: Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß.

Schriftführerin Rosa Jochmann: Bundesgesetz, womit der Dritte Teil der Abgabenordnung abgeändert und das gerichtliche Steuerstrafverfahren geregelt wird (70 der Beilagen).

Präsident: Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß.

Schriftführerin Rosa Jochmann: Bundesgesetz, betreffend die Gewährung eines Bundeszuschusses zur Förderung der Behebung von Hochwasserschäden im Zillertal (71 der Beilagen).

Präsident: Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Bundesgesetz, mit dem § 9 des Amtshaftungsgesetzes geändert wird (72 der Beilagen).

Präsident: Zuweisung an den Justizausschuß.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Bundesgesetz über die Aufhebung des § 4 des Verstaatlichungsgesetzes, BGBl. Nr. 168/1946 (73 der Beilagen).

Präsident: Zuweisung an den Ausschuß für verstaatlichte Betriebe.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Bundesgesetz, womit das Familienlastenausgleichsgesetz geändert wird (2. Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz) (74 der Beilagen).

Präsident: Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 31. März 1950, BGBl. Nr. 97, über die Bekämpfung unzüchtiger Veröffentlichungen und den Schutz der Jugend gegen sittliche Gefährdung abgeändert und ergänzt wird (75 der Beilagen).

Präsident: Zuweisung an den Verfassungsausschuß.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Bundesgesetz über besondere Vorschriften für die bäuerliche Erbteilung (Anerbengesetz) (76 der Beilagen).

Präsident: Zuweisung an den Justizausschuß.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Bundesgesetz, mit dem das Österreichische Strafgesetz geändert und ergänzt wird (Strafgesetznovelle 1956) (77 der Beilagen).

Präsident: Zuweisung an den Justizausschuß.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Bundesgesetz, womit das Wasserrechtsgesetz hinsichtlich der Wasserbuchgebühren abgeändert wird (78 der Beilagen).

Präsident: Zuweisung an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1957 (79 der Beilagen).

Präsident: Die Zuweisung erfolgt noch nicht, da voraussichtlich eine erste Lesung stattfinden wird.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Der Rechnungshof legt den Bundesrechnungsabschluß für das Verwaltungsjahr 1955 vor.

Präsident: Zuweisung an den Rechnungshofausschuß.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Das Bundesministerium für Finanzen hat den 2. Bericht an den Nationalrat über Kreditüberschreitungen im Jahre 1955 übermittelt.

Präsident: Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Weiter sind vom Bundesministerium für Finanzen ein Bericht, betreffend die Verfügung über bewegliches Bundesvermögen im Zeitabschnitt 1. Jänner bis 30. Juni 1956, und ein Bericht über die Veräußerung von unbeweglichem Bundeseigentum im 2. Vierteljahr 1956 eingelangt.

Präsident: Zuweisung an den Hauptausschuß.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Das Strafbezirksgericht Wien ersucht um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Josef Dengler (§ 489 StG.).

Präsident: Zuweisung an den Immunitätsausschuß.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Das Bezirksgericht für Strafsachen Graz ersucht um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Sepp Hopfer (Verkehrsdelikt).

Präsident: Zuweisung an den Immunitätsausschuß.

Ich frage nunmehr, ob gegen die von mir verfügte Zuweisungen der einzelnen Vorlagen ein Widerspruch erhoben wird? — Es ist dies nicht der Fall.

Ich gebe noch weiters bekannt, daß ein Schreiben des Strafbezirksgerichtes Wien samt einer Abschrift einer Urteilsausfertigung eingelangt ist, woraus hervorgeht, daß der Abgeordnete zum Nationalrat Franz Krippner mit Urteil vom 27. September 1956 von der gegen ihn erhobenen Anklage wegen Gefährdung der körperlichen Sicherheit gemäß § 431 StG. freigesprochen worden ist. (*Heiterkeit.*) Die Aufhebung der Immunität des genannten Abgeordneten wurde seinerzeit in der Sitzung des Nationalrates vom 11. Juli 1956 beschlossen.

Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft: Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1954 (21 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum einzigen Punkt der Tagesordnung: Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, betreffend den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und

verstaatlichte Betriebe über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1954.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Populorum. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu berichten.

Berichterstatter **Populorum**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit dem Gesetz vom 20. Mai 1952 wurde zur Wahrnehmung des Dienstnehmerschutzes für alle Verkehrsbetriebe, die der Aufsicht des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe unterstehen, die Verkehrs-Arbeitsinspektion geschaffen, die alljährlich dem Nationalrat einen Bericht über ihre Tätigkeit und ihre Wahrnehmungen vorzulegen hat. Heute liegt Ihnen der Bericht für das Jahr 1954 vor.

Aus dem umfassenden Tätigkeitsbericht ist der große Wirkungsbereich des Verkehrs-Arbeitsinspektorates zu entnehmen, das sich vorwiegend mit dem Schutz des Lebens und der Gesundheit der seiner Aufsicht unterstehenden Dienstnehmer beschäftigt. Nicht allein die Eigenart der Verkehrsbetriebe, in der die Eisenbahnen, die Straßenbahnen und Seilbahnen, der Post- und Telegraphendienst, die Kraftfahrbetriebe der Bundesbahnen und der Post, alle Hilfs- und Nebenbetriebe sowie die Schifffahrt und Luftfahrt eingeschlossen sind, sondern auch die fortschreitende Technisierung in allen diesen Dienstzweigen setzt alle Beschäftigten in erhöhtem Ausmaß beruflichen Gefahren aus. Schon aus diesem Grunde ist die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates von großer Bedeutung.

Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß bei den durchgeführten Inspektionen zahlreiche Mängel hinsichtlich der Unfallverhütung und der Arbeitshygiene sowie nicht entsprechende Arbeitsstätten und Betriebsräume festgestellt und beanstandet wurden.

Die Verkehrs-Arbeitsinspektion hat im Jahre 1954 1438 Inspektionen durchgeführt und von den insgesamt in allen Verkehrsbetrieben beschäftigten 134.465 Dienstnehmern durch die Inspektion 53.209 Beschäftigte erfaßt. Dieser verhältnismäßig geringe Kreis der durch die Inspektion erfaßten Dienstnehmer ist zweifellos auf die unzureichende Besetzung des Verkehrs-Arbeitsinspektorates zurückzuführen, dessen Büro mit einem Stand von nur 14 Bediensteten keine umfassendere Arbeit zu leisten vermochte. Um diese Einrichtung in ihrer Wirksamkeit voll zur Geltung zu bringen, müßte der Stand der Bediensteten bedeutend erhöht werden. So hat sich die Verkehrs-Arbeitsinspektion vorwiegend mit der Unfallverhütung beschäftigt und auf diesem Gebiete zweifellos beachtenswerte Maßnahmen

angeregt und auch durchgesetzt. In den verschiedenen Unfallverhütungskommissionen hat diese Stelle durch Erstattung von Vorschlägen beispielgebend gewirkt.

In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß die Bundesbahn als der größte Verkehrsträger unter Mitwirkung der Personalvertretung einen eigenen Unfallverhütungsdienst aufgebaut hat und damit die Verkehrs-Arbeitsinspektion in ihren Bemühungen wesentlich unterstützt hat.

Leider ist die Zahl der gemeldeten Unfälle im Steigen begriffen. Die technische Entwicklung und der wirtschaftliche Aufschwung, der nicht zuletzt im gesamten Verkehrswesen von allen Bediensteten erhöhte Leistungen erfordert, verursacht trotz einer Reihe vorsorglicher Maßnahmen eine größere Anzahl von Unfällen. Die Zahl der Unfälle in allen diesen Verkehrsbetrieben betrug im Jahre 1954 12.947 gegenüber 11.903 im Jahre 1953, was einer Steigerung um 8,8 Prozent gleichkommt. Von diesen Unfällen verliefen bedauerlicherweise 64 tödlich, womit gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung der Todesfälle um 46,5 Prozent eingetreten ist.

Zur gesamten Unfallstatistik muß noch gesagt werden, daß die Wegunfälle, also die Unfälle auf dem Weg von und zu der Arbeitsstätte, von allen Unfallarten das größte Ausmaß erreichen. Eine große Anzahl von den in allen Verkehrsbetrieben beschäftigten Bediensteten sind mangels einer Wohnung am eigenen Dienort zwangsläufig Straßenbenützer geworden und damit im erhöhten Ausmaß den steigenden Gefahren der Straße ausgesetzt.

Das Steigen der Unfallziffer ist bedauerlicherweise in ganz Österreich eine Allgemeinerscheinung geworden, die immer mehr und mehr die Aufmerksamkeit aller Verantwortlichen auf sich lenken muß. Trotz unfallverhütender Sicherheitsmaßnahmen, die zweifellos noch weiter ausgebaut werden müssen, stellen sich der Überwindung dieses Problems große Schwierigkeiten entgegen. Da der Mensch selbst der Mittelpunkt dieses Problems ist, erscheint ein erhöhter Aufklärungsdienst zur Unfallverhütung immer wieder notwendig, und es müssen hier alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die so wertvolle Arbeitskraft vor Gefahren aller Art zu schützen.

Die Verkehrs-Arbeitsinspektion hat sich bei Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben auch im besonderen der Verhütung von Berufskrankheiten gewidmet. So wurden allein bei der Bundesbahn mit Unterstützung des Sanitätsdienstes der Generaldirektion 5181 Untersuchungen von gesundheitsgefährdeten Bediensteten durchgeführt und dabei beachtliche Erfolge erzielt.

Abschließend darf gesagt werden, daß die Verkehrs-Arbeitsinspektion im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten alles getan hat, um ihre schwere Aufgabe gewissenhaft zu erfüllen, und damit einen wertvollen Beitrag zur Erhaltung der Arbeitskraft und Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben des österreichischen Verkehrswesens leistete.

Der Verkehrsausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung sehr eingehend mit dem vorliegenden Bericht beschäftigt und mit einer Reihe wertvoller Anregungen die Bedeutung dieser Einrichtung unterstrichen.

Auf Grund einer dieser Anregungen hat der Ausschuß beschlossen, die Vertreter des Bundesministeriums zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß in die künftigen Tätigkeitsberichte des Verkehrs-Arbeitsinspektorates die Ortsangabe bei den tödlichen Unfällen aufgenommen wird, um auch dadurch den Ursachen näherzukommen.

Der Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft hat daher in seiner Sitzung vom

5. Juli laufenden Jahres beschlossen, dem Hohen Haus zu empfehlen, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher sofort zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Bericht des Bundesministeriums einstimmig zur Kenntnis genommen.

Präsident: Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung findet am Freitag, den 26. Oktober, um 10 Uhr vormittag statt. Auf der Tagesordnung steht die Erklärung des Bundesministers für Finanzen zur Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1957.

Nach Schluß der Haussitzung tritt der Immunitätsausschuß zusammen. Der Hauptausschuß tritt um 11 Uhr zusammen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 25 Minuten